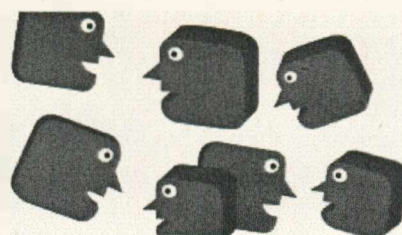




manifesto2009.pes.org
Yourspace



Dialog zum SPE-Wahlprogramm für die Europawahlen 2009: Diskussionspapier

Europa in der Welt

1. Die Herausforderung

In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Welt unwiderruflich verändert. Das Phänomen der **Globalisierung** und der Aufstieg neuer globaler Mächte bewirken, dass kein europäischer Einzelstaat alleine in der Lage ist, die Geschicke der Welt wirklich zu beeinflussen. Wirtschaftliche, soziale, Umwelt- und **Sicherheitsprobleme**, auch Terrorismus, haben den europäischen Mitgliedstaaten gezeigt, dass alle Kräfte gebündelt werden müssen, um grenzüberschreitende Probleme anzupacken.

Durch die hohe Bevölkerungsdichte der EU, durch ihre hohe Abhängigkeit von grenzüberschreitender Infrastruktur, ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, ihre Energieversorgung, und auch durch die geografische Nähe zu politisch instabilen Regionen und Ländern sind die europäischen Mitgliedstaaten mehr denn je **Sicherheitsbedrohungen** ausgesetzt.

Weltweit sind **Demokratie** und **Menschenrechte** ständigen Herausforderungen ausgesetzt, aufgrund der mangelnden Umsetzung von grundlegenden politischen, sozialen, wirtschaftlichen Rechten, von Bürgerrechten und Menschenrechten, wie sie in einer Reihe von UN-Konventionen festgelegt wurden. Die Europäische Union trägt eine herausragende Verantwortung als Garant für Demokratie und Menschenrechte in der Welt und als Asylraum für verfolgte Flüchtlinge.

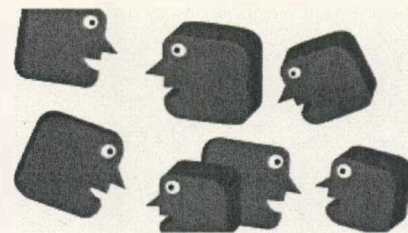
Die Europäische Union ist das erfolgreichste Beispiel **politischer Integration** in der Geschichte der Menschheit, und dennoch ist es uns auf globaler Ebene nicht gelungen, ein multilaterales System zu entwickeln, das den globalen Herausforderungen gerecht wird. Ein effektives **multilaterales** System ist in Anbetracht der Größenordnung aktueller globaler Bedrohungen – Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Klimawandel, Armut und globale Epidemien – und mit Blick auf den Aufstieg neuer globaler Mächte bedeutsamer denn je. Der letzte UN-Gipfel schaffte es 2005 jedoch nicht, sein Versprechen eines neuen multilateralen Systems zu erfüllen.

Die **Ungleichheit in der Welt** nimmt zu. Beinahe 3 Milliarden Menschen leben von weniger als 2 US\$ pro Tag. Täglich sterben 30.000 Kinder unter fünf Jahren. Weltweit sind 186 Millionen Menschen arbeitslos. Mindestens 12,3 Millionen Menschen leisten Zwangsarbeit. Infolgedessen wird die Anzahl jener, die auf der Flucht vor diesen Bedingungen nach Europa kommen wollen, weiterhin zunehmen. Die **UN-Millenniumsziele** (UNMDG) sind weit von einer Verwirklichung entfernt, und bestehende Entwicklungsinstrumente – wie Entwicklungshilfe und Handel – sind unzureichend oder werden nicht richtig eingesetzt. Die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit („Official Development Assistance“, ODA) entsprach 2004 lediglich 80 Milliarden US\$, weit entfernt von 0,7% BNE (Bruttonationaleinkommen), dem Versprechen der Industrienationen. Die Welthandelsgespräche stagnieren. Der internationale Handel muss erst noch in den Dienst





manifesto2009.pes.org
Yourspace



nachhaltiger Entwicklung und **menschenwürdiger Arbeit** in den Entwicklungsländern gestellt werden.

2. Was hat Europa damit zu tun?

Seit 1992 besitzt die Europäische Union eine **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)** mit fünf grundlegenden Zielen:

- Bewahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit und der Integrität der Union;
- Stärkung der Sicherheit der Union;
- Bewahrung von Frieden und Stärkung internationaler Sicherheit;
- Förderung internationaler Zusammenarbeit;
- Entwicklung und Konsolidierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sowie Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Im europäischen Vertragswerk werden mehrere Wege zum Verfolgen dieser Ziele aufgezeigt:

- Definition der Grundsätze und Allgemeinen Leitlinien für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik;
- Festlegung „Gemeinsamer Strategien“, in denen Leitlinien für eine Kooperation mit einzelnen Ländern vorgegeben werden. Jede Strategie umreißt ihre Ziele, ihre Dauer und die Mittel, die von der EU und den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden müssen. Bisher gibt es Gemeinsame Strategien für Russland, die Ukraine, den Mittelmeerraum und den Nahost-Friedensprozess;
- Verabschiedung „Gemeinsamer Aktionen“ und „Gemeinsamer Standpunkte“. Diese verpflichten die Mitgliedstaaten zur Annahme einer bestimmten Position oder Vorgehensweise.

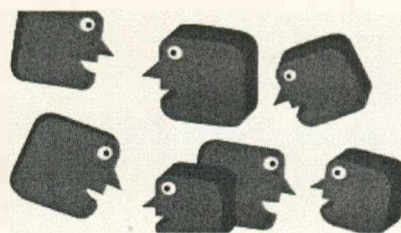
Seit der Einführung der GASP-Ziele steht die EU wegen deren Nichterfüllung in der Kritik. Während der 90er Jahre zum Beispiel verhinderte es die mangelnde Handlungsfähigkeit der EU, einer Verschlechterung der Beziehungen auf dem **Balkan** vorzubeugen und im daraus resultierenden Konflikt einzugreifen. Dies führte später zur Einführung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). In jüngerer Vergangenheit hat die Uneinigkeit in der Irak-Frage ein weiteres Beispiel geliefert.

Der EU-Reformvertrag, der zurzeit ausgehandelt wird, würde die Effizienz und die Sichtbarkeit der EU in ihren Außenbeziehungen steigern, insbesondere durch die Stärkung des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, der in Zusammenarbeit mit dem neuen Posten eines ständigen Präsidenten des Europäischen Rats die Aufgabe haben wird, das außenpolitische Auftreten der EU effektiver und kohärenter zu gestalten und die EU zu repräsentieren. Ebenfalls soll im neuen Vertrag der Aufbau einer **gemeinsamen Verteidigungspolitik** fortgeführt werden, und der EU die Möglichkeit gegeben werden, internationalen Verträgen und Konventionen beizutreten.





manifesto2009.pes.org
Yourspace



Die Europäische Union hat des weiteren Aufgaben der humanitären Hilfe, der Rettung, der Friedenserhaltung sowie des Krisenmanagements mit aufgenommen. Diese sind inzwischen Bestandteil der **Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**, deren Ziel in der Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU in internationaler Konfliktprävention und im Krisenmanagement außerhalb Europas liegt. Das erklärte Ziel der EU ist die Fähigkeit, innerhalb von 60 Tagen bis zu 60.000 Streitkräfte entsenden zu können, und diese für humanitäre Hilfe, Rettungsaufgaben, Friedenserhaltung und Krisenmanagement mindestens ein Jahr lang vor Ort aufrechterhalten zu können. Der Europäische Rat verabschiedete 2003 die **Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)**, in der die derzeit gefährlichsten Sicherheitsrisiken für die Europäische Union sowie Strategien zur effizienten Vorbeugung dieser Gefahren näher benannt werden. Jede zukünftige Vision von EU-Außenpolitik und EU-Außenbeziehungen muss dem unterschiedlichen **Status** jedes EU-Mitgliedstaates (neutral, NATO-Mitglied, usw.) und auch dessen Verpflichtungen gegenüber anderen internationalen Organisationen wie der NATO Rechnung tragen.

Mit Ausnahme der WTO verfügt die EU in internationalen Institutionen über **keine einheitliche Stimme**, da die Mitgliedstaaten dort, wo sie vertreten waren, ihre Sitze beibehalten haben, so z.B. im IWF oder bei den Vereinten Nationen. Dementsprechend bringen große globale Mächte wie die USA in den internationalen Beziehungen viel mehr Gewicht ein als einzelne europäische Länder.

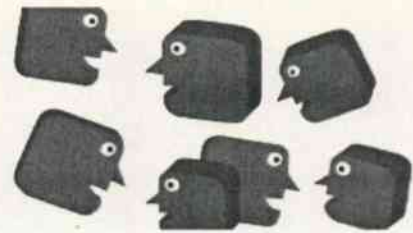
Besonders in der internationalen **Entwicklung und als Handelsmacht** ist die Europäische Union ein wichtiger globaler Akteur. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind die größten Geldgeber in der internationalen Entwicklungshilfe, mit Investitionen in Höhe von geschätzten 45 Milliarden € 2005 – mehr als die Hälfte der öffentlichen Entwicklungshilfe weltweit. Aus dem EU-Haushalt wurden 2005 etwa 5 Milliarden € für die Entwicklungshilfe bereitgestellt und 2,64 Milliarden € über den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF). Das primäre und übergeordnete Ziel der EU-Entwicklungszusammenarbeit ist die Beseitigung von Armut durch nachhaltige Entwicklung, unter anderem durch das Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs). Nichtsdestotrotz wird der europäischen Entwicklungspolitik Inkohärenz vorgeworfen, da die Mitgliedstaaten ihre nationalen Entwicklungspolitiken nicht richtig koordinieren. Die meisten Mitgliedstaaten sind weit davon entfernt, das Ziel von 0,7 % BIP für Entwicklungshilfe zu erreichen. Zusätzlich wird oft angeführt, dass die EU-Entwicklungspolitik bei einer besseren Koordinierung mit anderen EU-Politikbereichen, insbesondere Handel, Landwirtschaft, Konfliktprävention, Menschenrechte und Umweltpolitik stärker wäre. Man wirft der EU vor, sie arbeite gegen ihre eigenen internationalen Entwicklungsziele, z.B. mit ihrer Marktöffnungspolitik und der gemeinsamen Agrarpolitik.

Die einzige internationale Institution, in der die EU als Ganzes vertreten ist, ist die **WTO**, da sie die Kompetenz besitzt, Handelsvereinbarungen im Namen der EU-Mitgliedstaaten auszuhandeln und abzuschließen. Die EU handelt auch eigene bilaterale Handelsabkommen mit Ländern oder regionalen Ländergruppen aus. Als weltgrößter Binnenmarkt ist die EU der wichtigste Handelspartner vieler Entwicklungsländer und übt einen beträchtlichen Einfluss auf den Welthandel aus. Die aktuellen Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen müssen zu einem Abschluss führen, der den ärmsten Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks zu Wohlstand verhilft. Die **EU-Handelspolitik** ist ein wichtiges Instrument, um die





manifesto2009.pes.org
Yourspace



europäische Vision von Entwicklung für sich selbst und auf internationaler Ebene durchzusetzen.

Die Gewährleistung menschenwürdiger Arbeit für Frauen und Männer überall auf der Welt muss in der EU-Entwicklungspolitik ein primäres Ziel sein. Die EU unterstützt die Förderung menschenwürdiger Arbeit in ihrer Außen-, Entwicklungs- und Handelspolitik, muss aber noch eine umfassende Strategie zum Erreichen dieses Ziels umsetzen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Außenbeziehungen Europas ist die Entwicklung der Beziehungen mit seinen Nachbarn. Die EU befindet sich in Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der Türkei. Durch die **Europäische Nachbarschaftspolitik** zielt die EU darauf ab, neue Trennlinien zwischen der erweiterten EU und ihren Nachbarn im Osten sowie an der Süd- und Ostküste des Mittelmeers zu vermeiden. Diese Politik bietet Nachbarländern eine privilegierte Partnerschaft auf der Grundlage einer wechselseitigen Verpflichtung auf gemeinsame Werte – dazu gehören Demokratie und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gutes Regieren, marktwirtschaftliche Prinzipien und nachhaltige Entwicklung – um über die bestehende Kooperation zu einer vertieften Zusammenarbeit in Wirtschaft, Politik, Kultur und Sicherheit hinauszugehen. Die Europäische Nachbarschaftspolitik bezieht sich auf die unmittelbaren Nachbarn der EU – Ägypten, Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Moldawien, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien, die Ukraine und Weißrussland. Obwohl es ebenfalls ein EU-Nachbarstaat ist, werden die Beziehungen zu Russland auf dem Wege einer Strategischen Partnerschaft entwickelt.

3. Unsere Ideen

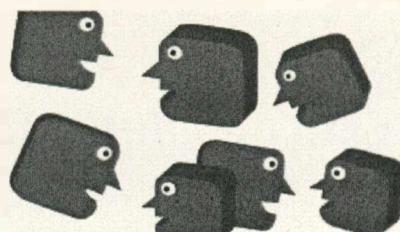
Die SPE vertritt die Auffassung, dass die EU nicht ihr volles Potenzial ausschöpft, um globale Herausforderungen und globales Regieren zu beeinflussen. Die SPE hat folgende Ideen diskutiert:

- Der EU-Haushalt für 2007-2013 sollte bei den EU-Entwicklungsprogrammen den Schwerpunkt auf gerechte Entwicklung legen und mehr Mittel auf arme Länder und Länder mit Niedrigeinkommen verlagern;
- Die EU sollte stärker daran arbeiten, die Entwicklungspolitik der Vereinten Nationen, der Weltbank, des IWF und der WTO zu beeinflussen, und eine bessere Beteiligung von Entwicklungsländern sowie mehr Transparenz unterstützen;
- Größere Beteiligung der Parlamente in der politischen Gestaltung im Sinne einer Steigerung der Verantwortlichkeit, einschließlich nationale Volksvertretungen, Europaparlament sowie Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU, Parlamentarische Versammlung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft APEM und Gemeinsame Parlamentarische Versammlung EP-Lateinamerika;
- Demokratisches Regieren ist für das Erreichen der UN-Millenniumsziele von zentraler Bedeutung; unser Ziel muss daher sein, sicher zu stellen, dass die Politik und die Programme der EU-Entwicklungszusammenarbeit die Notwendigkeit der Beteiligung





manifesto2009.pes.org
Yourspace



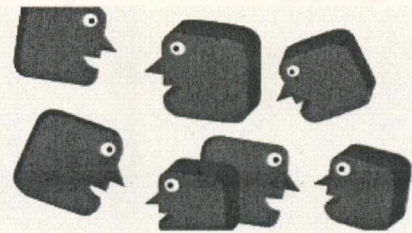
nachgeordneter Gebietskörperschaften in Entwicklungs- und Schwellenländern richtig berücksichtigen. Diese sollen die Mittel erhalten, um ihren Verantwortlichkeiten zu genügen; europäische Gebietskörperschaften sollen mit Mitteln ausgestattet werden um ihre Unterstützung und Erfahrung anbieten zu können;

- Die EU-Entwicklungspolitik mit einem Partizipationsansatz versehen und mehr Beiträge durch die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Partner Europas zulassen – Arbeit mit NGOs für Entwicklung, aber auch mit Frauen- und Jugendgruppen, Gewerkschaften, Unternehmensverbänden und Akademikern;
- Die EU sollte eine aktive Rolle bei der Reform der Vereinten Nationen spielen. Der UN-Sicherheitsrat sollte die internationalen Beziehungen von heute besser widerspiegeln und um neue ständige Mitglieder erweitert werden. Schaffung eines „Entwicklungsrates“ mit dem Auftrag, das Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele zu sicher zu stellen und strukturelle Verbindungen zwischen WTO und Vereinten Nationen, der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO/ILO), dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), der UNESCO, der Weltgesundheitsorganisation WHO, dem UN-Umweltprogramm (UNEP) und dem Sekretariat für Multilaterale Umweltabkommen aufzubauen;
- Menschenwürdige Arbeit als übergeordnetes Ziel für die EU in all ihren Politikbereichen umsetzen;
- Für Entwicklung müssen neue Finanzierungsmethoden gefunden werden. Alternative Quellen sollten bestehende Mittel ergänzen, z.B. eine EU-weite Flugticketsteuer sowie eine europäische und später internationale Kerosinsteuer zur Finanzierung der Entwicklungspolitik;
- Schuldenerlass für die ärmsten Länder. Die EU muss sich stark machen für einen rascheren Schuldenerlass durch die Länder, die sich dem Ziel einer Verringerung der Armut verschrieben haben, sowie für eine viel engere Kopplung des Schuldenerlasses an die internationalen Ziele der Armutsbekämpfung;
- Austauschprojekte in der Ausbildung zwischen den Militärakademien aller europäischen Länder sowie persönliche Kontakte in der Praxis (etwa gemeinsame Übungen, Operationen, usw.) müssen gefördert und angeregt werden;
- Verbesserung der zivilen und militärischen Kapazitäten der EU für Krisenmanagement und Konfliktprävention;
- Die Achtung der Menschenrechte muss von der EU in ihren bilateralen und multilateralen Beziehungen stärker verfolgt werden;
- Eine Vorreiterfunktion für die EU in der weiteren Entwicklung und Verbesserung der internationalen Rechtsordnung durch eine aktive Rolle bei der Schaffung internationaler Rechtsinstrumente, um internationale Verantwortlichkeit zu schaffen und die Rolle internationaler Gerichte und Tribunale zu stärken.





manifesto2009.pes.org
Yourspace



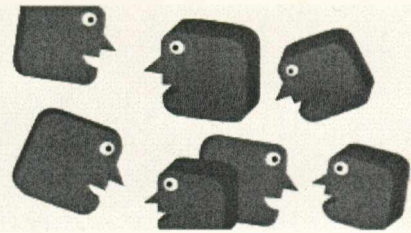
4. Fragen

1. Wie sollte die EU effektives und kollektives internationales Handeln in den Bereichen Entwicklung und Weltsicherheit fördern?
2. Was für eine UN-Reform sollte die EU vorschlagen?
3. Wie sollte die EU gemeinsame Betrachtungs- und Standpunkte im Hinblick auf Sicherheit und Verteidigung erleichtern?
4. Wie sollte die EU effizient mit der NATO arbeiten?
5. Welche Maßnahmen sollten ergriffen werden, um die transatlantischen Beziehungen hinsichtlich Sicherheit und Verteidigung zu verbessern?
6. Wie sollte die EU ihre Kooperation mit anderen regionalen Akteuren vertiefen?
7. Wie sollte die EU eine bessere Kooperation zwischen IAO und WTO unterstützen? Welche Maßnahmen sollte die EU im Rahmen der internationalen Institutionen ergreifen, um menschenwürdige Arbeit und die IAO-Kernarbeitsnormen zu fördern?
8. Welche Maßnahmen sollte die EU ergreifen, um die UN-Millenniumsziele zu erreichen?
9. Wie sollte die internationale Handelspolitik der EU aussehen?
10. Welche Politik und welche Abkommen sollten unterstützt werden, um zu vermeiden, dass sich Konflikte um natürliche Ressourcen verschärfen?
11. Wie kann die EU-Entwicklungspolitik sicherstellen, dass Entwicklungsländer die Möglichkeit haben, ihren aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden, einschließlich Klimawandel und Umweltschutz?
12. Wie können wir Versorgungssicherheit erreichen und das Problem hoher Energiepreise in Entwicklungsländern angehen?





manifesto2009.pes.org
Yourspace



Hintergrunddokumente

“Europe and a New Global Order: Bridging the Global Divides”, Ein Bericht für die Sozialdemokratische Partei Europas von Poul Nyrup Rasmussen, Mai 2003

http://www.pes.org/downloads/Europe_and_new_world_order_Rasmussen_28_05_2003.pdf

“Europe 2004: Changing the Future”, Politische Erklärung der SPE-Arbeitsgruppe hochrangiger Politiker zur Globalisierung, Februar 2004

http://www.pes.org/downloads/Europe_2004_Changing_the_Future.pdf

Menschenwürdige Arbeit

<http://www.pes.org/content/view/483/111>

EPAs (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen)

<http://www.pes.org/content/view/945/112>

WTO

http://www.pes.org/downloads/PES_statement_on_WTO_EN%20.pdf

EU-Entwicklungspolitik

<http://www.pes.org/content/view/297/112>

Schulden

<http://www.pes.org/content/view/206>

Nicht-Verbreitung von Atomwaffen

http://www.pes.org/downloads/Nuclear_Non-proliferation_Strategy.pdf

